

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 09. HuFA 2004-2009 Sitzungsdatum: 06.12.2005 Niederschrift

Übach-Palenberg, den 06.12.2005

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.05.05 (ö. S.)
3. Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Übach-Palenberg
4. 26. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Grünfläche Gürzelweg" und "Wohnbaufläche Kantstraße"
hier: Abschluss der Offenlage und Feststellungsbeschluss
5. Bebauungsplan Nr. 8 - Klosterstraße - 1. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss
6. Bebauungsplan Nr. 24 - Hildegardstraße - 3. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss
7. Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 8. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der Öffentlichen Auslegung
8. Bebauungsplan Nr. 67 - Fidelisstraße-Süd - 3. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss
9. Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht-Nord -
hier: Erneuter Beschluss der Anordnung zur Öffentlichen Auslegung
10. Planfeststellung zum Neubau der Bundesstraße 57 (B 57n)
11. Forstwirtschaftsplan 2006

12. Anwendung und Ausbringung von Herbiziden auf Verkehrsflächen und im "Öffentlichen Grün"
 13. Antrag der Privat-Musikkapelle Scherpenseel 1906 e.V. auf Zuschuss zum Jahr der Musik 2006
 14. Prüfung der Jahresrechnung 2004 und Entlastung des Bürgermeisters
 15. 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallbeseitigung
 16. 10. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallentsorgung
 17. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Jahr 2006
 18. 12. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung
 19. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Stadtentwässerung" für das Jahr 2006
 20. 9. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
 21. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Bestattungswesen" für das Jahr 2006
 22. 3. Änderungssatzung der Stadt Übach-Palenberg zur Friedhofsgebührensatzung
 23. 11. Änderungssatzung der Stadt Übach-Palenberg zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen
 24. Anregung nach § 24 GO NW der Ehel. Carmen und Bruno Kruschinski vom 20.09.2004 betr. regelmäßige Verkehrsbehinderungen im unteren Teil der Carlstraße (Nr. 71-83)
 25. Erweiterungen zur Tagesordnung
 26. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 - . Anfragen
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
27. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.05.05 (nichtöffentliche Sitzung)
 28. Wärmeerzeugungsanlage Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie hier: Wirtschaftlichkeitsberechnung
 29. Wärmeerzeugungsanlage Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie hier: Abschluß eines Wärmelieferungsvertrages

30. Kauf einer Kücheneinrichtung für die Bistro-Küche des Hallenbades der Stadt Übach-Palenberg (Eilbeschluss)
31. Erlass einer Gewerbesteuerforderung
32. Erweiterungen zur Tagesordnung
33. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Sascha Derichs	SPD
Herr Fred Fröschchen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Herbert Konrads	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen
Herr Günter Weinen	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Manfred J. Offermanns FDP

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtoberinspektor Herbert Jansen

Schriftführer

Herr Stadtamtman Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten und den Vertreter der Presse.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies darauf hin, dass den Stadtverordneten eine Sitzungsvorlage zu TOP

3. Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Übach-Palenberg zugegangen sei.

Sonstige Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

Stadtverordneter **Gudduschat** beantragte, die Behandlung und Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 14 an den Rat zu verweisen, da die Prüfung der Jahresrechnung 2004 in der gestrigen Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses noch einigen Klärungsbedarf ergeben habe, der in der laufenden Woche noch ausgeräumt werden könne.

Stadtverordnete **Weinhold** meldete für Tagesordnungspunkt 3 Beratungsbedarf an.

Der Haupt- und Finanzausschuss verständigte sich allerdings darauf, diesen Tagesordnungspunkt zu beraten, dem Rat gegenüber jedoch keine Beschlussempfehlung abzugeben.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt

14 Prüfung der Jahresrechnung 2004 und Entlastung des Bürgermeisters

wird zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung an den Rat zu seiner Sitzung in der kommenden Woche verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.10.2005 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.05.05 (ö. S.)**

Der Beschluss über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.05.2005 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Übach-Palenberg**

Stadtverordnete **Weinhold** erkundigte sich danach, zu welchem Zeitpunkt die Abgabebescheide an die Beitragspflichtigen erstellt würden. Insbesondere interessiere sie, ob hierfür die Maßnahme endgültig abgeschlossen sein müsse oder dies auch erst nach mehreren Jahren erfolgen könne.

Beigeordneter **Schlüter** erläuterte, dass vom Grundsatz her erst nach Fertigstellung der Maßnahme die Abrechnung erfolge. Erfahrungsgemäß werde dies innerhalb von einem halben bis dreiviertel Jahr geschehen. Eine Frist beschränke den Zeitraum auf bis zu 4 Jahren nach Fertigstellung der Maßnahme. Grundsätzlich sei es möglich auch abgeschlossene Teilmaßnahmen abzurechnen.

Stadtverordneter **Weinen** erkundigte sich danach, ob dies auch für einen vorläufigen Bescheid gelte. Ihm sei z.B. bekannt, dass erst nach 10 Jahren eine Maßnahme endgültig abgerechnet wurde, nachdem im Vorfeld ein vorläufiger Bescheid erteilt sei.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte, dass in seiner Zuständigkeit damals die Conneallee abgerechnet worden sei. Auch hier habe man mit vorläufigen Bescheiden gearbeitet, die erst im Nachhinein z.B. nach Erstellung des Gehweges endgültig abgerechnet wurden.

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich nach dem Begriff „unselbständige Grünanlage“, der in § 4 der Satzung erwähnt sei.

Stadtoberamtsrat **Janssen** erläuterte, dass es sich hierbei um Flächen handele, die nicht als Straßenbegleitgrün, sondern eher als der Straße anliegende Grünanlagen gewertet werden könnten. Die Finanzierung sei dabei in vielen Fällen zu 100 % durch die Stadt zu tragen, da die Kostenanteile für das Straßenbegleitgrün ohnehin von der Stadt und der Kostenanteil als Eigentümer ebenfalls von ihr zu tragen sei.

Eine Beschlussempfehlung zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vom Haupt- und Finanzausschuss nicht abgegeben. Der Rat wird in seiner kommenden Sitzung diese Angelegenheit abschließend entscheiden.

4 26. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Grünfläche Gürzelweg" und "Wohnbaufläche Kantstraße"

hier: Abschluss der Offenlage und Feststellungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

- 1. Es wird festgestellt, dass weder seitens der Öffentlichkeit noch von Behörden oder sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.**
- 2. Die 26. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Grünfläche Gürzelweg" und "Wohnbaufläche Kantstraße" wird festgestellt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

5 Bebauungsplan Nr. 8 - Klosterstraße - 1. vereinfachte Änderung

hier: Satzungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

- 1. Es wird festgestellt, dass weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen abgegeben wurden.**
- 2. Die im vereinfachten Verfahren durchgeführte Bebauungsplanänderung wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

6 Bebauungsplan Nr. 24 - Hildegardstraße - 3. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Die im vereinfachten Verfahren durchgeführte Bebauungsplanänderung wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

7 Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 8. Änderung

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der Öffentlichen Auslegung

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass weder seitens der Öffentlichkeit noch von Behörden oder sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Der Planentwurf der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 – Holthausen-Süd – wird beschlossen.
3. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 – Holthausen-Süd – wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

8 Bebauungsplan Nr. 67 - Fidelisstraße-Süd - 3. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

1. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragene Stellungnahmen wird entsprechend der Anlage 1.1 entschieden (Die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsvorlage und in der Urschriftensammlung enthalten) .

2. Es wird festgestellt, dass von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
3. Die im vereinfachten Verfahren durchgeführte Bebauungsplanänderung wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

**9 Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht-Nord -
hier: Erneuter Beschluss der Anordnung zur Öffentlichen Auslegung**

Beschlussempfehlung:

Der Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 96 – Breiller Gracht-Nord – wird erneut gefasst.

Gegenüber dem vorgelegten Entwurf zur Sitzungsvorlage SV 271 haben sich im Bereich der Verkehrsflächen, der überbaubaren Flächen und der Regenwasserbeseitigung Änderungen ergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Planfeststellung zum Neubau der Bundesstraße 57 (B 57n)

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass er einen Bericht in der Zeitung gesehen habe, in dem über den Widerstand gegen die geplante Trasse aus Baesweiler berichtet wurde. Insbesondere der Streckenabschnitt um Beggendorf finde bei den betroffenen Bürgern wenig Zustimmung. In Baesweiler habe sich auch schon die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die geplante Trassenführung ausgesprochen. Er plädierte dafür, dass sich Übach-Palenberg zumindest für die Realisierung des Zwischenstückes, das als wichtige Umgehung für die Roermonder Straße genutzt würde, einsetze. Dieses stehe nicht zur Disposition und sollte zumindest als Teilrealisierung in den nächsten Jahren angegangen werden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll sprach sich ebenfalls für dieses Vorgehen aus. In der Vergangenheit habe die B 57 n viele Fürsprecher gehabt. Er hoffe, dass die Unterstützung auch für die Realisierung von Teilabschnitten nicht nachlasse.

Stadtverordneter **Utecht** erklärte, dass sich auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen damals für die Trasse ohne Weiterführung nach Aachen ausgesprochen habe. Diese Entscheidung sei davon geleitet worden, dass dies notwendig und richtig für Übach-Palenberg sei. Die Entscheidungen anderer Ortsverbände seiner Partei ändere hieran nichts.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt nimmt die Planung zum Neubau der B 57 n mit folgenden Änderungs-/Ergänzungswünschen zustimmend zur Kenntnis:

- a) Der Landesbetrieb Straßenbau NRW möge im Bereich der L 225/B 57 n einen Mitfahrerparkplatz einplanen/einrichten und
- b) den Knoten L 225/David-Hansemann-Straße/Beggendorfer Straße zu einem Kreisverkehrsplatz umbauen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Forstwirtschaftsplan 2006

Beschlussempfehlung:

Der Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2006 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Anwendung und Ausbringung von Herbiziden auf Verkehrsflächen und im "Öffentlichen Grün"

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass von verschiedener Seite Kritik an der Vertagung aus dem Stadenwicklungs- und Umweltausschuss geübt worden sei. Diese sei jedoch notwendig gewesen, da diese Grundsatzentscheidung nicht über das Knie gebrochen werden dürfe. Es sei wichtig, dass eine breite Akzeptanz für diese Entscheidung auch bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt geschaffen werde. Er erachte es auch als sehr bedeutend, dass die Diskussionskultur zu diesem Thema beachtet werde. Unterschiedliche Positionen und Meinungen seien geäußert worden, die auch innerhalb der Fraktion vertreten werden. Dabei seien alle Standpunkte ernst zu nehmen und gegeneinander abzuwägen. Nicht zu vertreten sei dagegen die plakative Position des FDP-Vertreters Dr. Tuchtenhagen, der sich sinngemäß dafür ausgesprochen hatte, dass ihm der Schutz der „Kröten“ im Haushalt der Stadt wichtiger sei, als der Schutz der Kröten in der freien Natur.

Stadtverordneter **Weinen** erinnerte daran, dass es sich ausschließlich um Unkrautbekämpfungsmittel handele, die vom Bundesumweltamt zugelassen worden seien. Er habe sich ebenfalls bei der Landwirtschaftskammer Rheinland erkundigt und auch hier die Unbedenklichkeit bestätigt bekommen. Die CDU-Fraktion werde deshalb dem Beschlussvorschlag zustimmen. Weiterhin verwies er darauf, dass bundesweit über 220 Kommunen dieses Mittel einsetzen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll bat Beigeordneter Schlüter zu der Kalkulationsgrundlage für die errechneten Einsparungen Stellung zu nehmen.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass die Einsparung in Höhe von 29.000 Euro pro Jahr vor dem Hintergrund des Mittels „Round up“ durch Veränderungen im Personalbestand erzielt werden können. Dies ergebe sich dadurch, dass eine freigewordene Stelle nach Ruhestand des entsprechenden Kollegen nicht wieder neu besetzt werden müsse und auch Umbesetzungen in andere Bereiche vorgenommen würden.

Stadtverordneter **Utecht** verwies darauf, dass der Einsatz dieses Mittels nicht unbedenklich sei. Es gebe hierzu viele Studien, die dies belegen. Gerade vor dem Hintergrund der Renaturierungsbestrebungen im Rahmen der EuRegionale sei es sehr fragwürdig das Mittel im Stadtgebiet einzusetzen, das sich besonders bei gewässernahen Bereichen als schädlich herausgestellt habe. Er verwies auch darauf, dass einige Studien dem Mittel eine krebserregende Wirkung bescheinigen. Die Schädlichkeit des Mittels sei insbesondere auch für Tiere und Amphibien dokumentiert.

Zusätzlich verwies er darauf, dass die sozialen Komponenten bei der Umstellung dieser Maßnahmen nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Es bedeute für etliche dort eingesetzte Mitarbeiter das Ende der Beschäftigungsmaßnahme, die innerhalb der beauftragten Firmen eingerichtet worden sei.

Stadtverordnete **Weinhold** sprach sich für den Einsatz der Herbizide aus. Sie verwies darauf, dass auch bei den jetzt eingesetzten alternativen Vernichtungsmethoden mittels Verbrennung Schäden bei Tieren und Insekten auftreten.

Stadtverordneter **Weißborn** betonte, dass es bei der Betrachtung der Einsparungen nur dann Sinn mache, wenn diese sich de facto auswirken und zu einer messbaren Verringerung der Ausgaben führen. Für ihn seien die Angaben bezüglich der Umsetzungen im Bauhof neu, er könne dies jedoch durchaus nachvollziehen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll verwies darauf, dass es das Ziel der Verwaltung sei, nicht nur im Jahre 2006, sondern auch für die Zukunft ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Es sei klar, dass Standards reduziert werden müssten, um Kosten zu sparen. Vor dem Hintergrund, dass beim Einsatz der Herbizide die Beauftragung externer Unternehmen zurückgefahren werde, erklärte er, dass er verständlicherweise den Einsatz von Firmen reduzieren wolle, ehe man eigenes Personal abbau. Er erinnerte daran, dass der Kreis Heinsberg seit Jahren von der Stadt Übach-Palenberg jedes Jahr ein Personaleinsparungskonzept verlange und man auch schon etliche Bereiche reduziert habe. Dennoch sei die Zukunft ungewiss und man müsse verantwortungsvoll mit den finanziellen Ressourcen umgehen. Im vorliegenden Fall gehe es um die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme. Man hoffe möglichst schon im nächsten Jahr die angestrebten Einsparungen erreichen zu können. Sollte die Stadt Übach-Palenberg in ein Haushaltssicherungskonzept geraten, dann würden wohl noch ganz andere Maßnahmen notwendig sein, die sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Stadt als Gemeinwesen erheblich belasten. Dies sei auch der Grund dafür gewesen, dass er die vorliegende Sitzungsvorlage unterschrieben habe.

Stadtverordneter **Krawanja** erinnerte daran, dass das höchste Gut des Menschen seine Gesundheit sei. Er habe im Internet recherchiert und verschiedene Hintergrundinformationen zu den Unkrautbekämpfungsmitteln eingeholt. Er berichtete weiter, dass das Mittel Round up als hochgradig toxisch betrachtet werde. Bereits in Dänemark sei man zu der Erkenntnis gekommen, dass dieses Mittel gesundheitsschädlich sei. Ein Verbot werde deshalb überprüft. Er verwies auch darauf, dass Unkräuter gegen dieses Mittel nach und nach resistent würden und somit die Wirksamkeit ohnehin nachlasse. Aus diesen Gründen betrachte er den Einsatz als höchst bedenklich.

Stadtverordneter **Weinen** betonte, dass der Einsatz des Mittels durch das Baubetriebsamt sicherlich unter höchster Verantwortung vorgenommen werde. Davon könne man ausgehen. Der Schutz von Gewässern oder Kinderspielplätzen sei durch die Vorgabe des Einsatzgebietes erfüllt. In Bezug auf die Informationen aus dem Internet verwies er darauf, dass hier jeder Informationen einstellen könne. Er sei nicht bereit eine Diskussion mitzumachen, welche Informationen belegt seien oder nicht. Er verwies darauf, dass die ursprüngliche Diskussion zum Antrag der CDU-Fraktion auch die Wirtschaftlichkeit beschrieben habe. Dieser Punkt dürfe auch jetzt nicht außer Acht gelassen werden.

Beigeordneter **Schlüter** verwies darauf, dass ein sehr hohes Sicherheitspotential vorgegeben sei. Die Schädlichkeit beim Einsatz in Gewässern sei unbestritten. Dies plane jedoch auch niemand und der Einsatz werde nur in solchen Bereichen durchgeführt, wo dies auch unbedingt notwendig sei.

Stadtverordneter **Weißborn** erinnerte daran, dass die Argumente für oder gegen Informationen aus dem Internet für beide Argumentations-Seiten zutreffen. Er sehe, dass sowohl Pro als auch Kontra akzeptable Argumente vorbringen. Allein auf die Genehmigungsfähigkeit abzustellen sei nicht schlüssig. Dies sehe man schließlich an den Genehmigungen für Atomkraftwerke.

Stadtverordneter **Offermanns** schlug vor, einen Kompromiss umzusetzen, der die Aussparung von gewässernahen Bereichen vorsehe und lediglich den Einsatz auf Testflächen ermögliche. Der Rat solle über die Ergebnisse im nächsten Jahr unterrichtet werden.

In der weiteren Diskussion sprach man sich jedoch für die eindeutige Beschlussfassung aus, da sowohl der Bericht als auch die Kontrolle durch die Verwaltung ohnehin stattfinden und auch eine Teststellung sicherlich nicht den Mehrgewinn an Erkenntnis bringen könne.

Beschlussempfehlung:

Die Anwendung der Mittel “Round up” und “Kerb Streugranulat” wird wie vorgeschlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

**8 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

13 Antrag der Privat-Musikkapelle Scherpenseel 1906 e.V. auf Zuschuss zum Jahr der Musik 2006

Stadtverordneter **Weißborn** schlug vor, wie in vergleichbaren Fällen 5 Euro pro Jahr auszuzahlen, so dass der Privat-Musikkapelle ein Betrag von 500 Euro zum Jubiläumsjahr gewährt werde.

Auch die anderen Fraktionen und Parteienvertreter stimmten diesem Vorschlag zu.

Beschlussempfehlung:

Der Privat-Musikkapelle Scherpenseel 1906 e.V. wird zu ihrem „Jahr der Musik 2006“ anlässlich ihres 100-jährigen Bestehens ein Zuschuss in Höhe von 500 Euro gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

14 Prüfung der Jahresrechnung 2004 und Entlastung des Bürgermeisters

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung an den Rat verwiesen.

15 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallbeseitigung

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Meertens**, ob es sein könne, dass zu schwere Mülltonnen vom Abfuhrunternehmen nicht mitgenommen werden, erklärte Stadt- oberinspektor **Jansen**, dass dies lediglich bei 240 L-Behältern der Fall sei.

Ihm sei bekannt, dass in der Vergangenheit zu schwer beladene Behälter nicht geleert werden konnten, da diese für bestimmte Normgewichte ausgelegt seien. Würden diese überschritten werden, könnten die automatischen Ausleervorgänge an den Müllwagen nicht mehr durchgeführt werden. Diese technischen Vorschriften (Norm-Schüttungen) seien letztendlich Vorgabe, die auch innerhalb der Satzung so festgelegt seien. In denen letzten Jahren sei ihm allerdings ein diesbezüglicher Fall nicht mehr bekannt geworden.

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte 5. Änderungssatzung zur Abfallentsorgungssatzung der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen.

(Die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16 10. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallentsorgung

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte 10. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallentsorgung wird beschlossen. (Die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17 Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Jahr 2006

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte Gebührenkalkulation für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ wird zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Höhe der Gebührensätze wird die Straßenreinigungs- und Gebührensatzung entsprechend geändert. (Die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

18 12. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte 12. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung wird beschlossen. (Die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 19 **Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Stadtentwässerung" für das Jahr 2006**
-

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte Gebührenkalkulation für die öffentliche Einrichtung „Stadtentwässerung“ wird zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Höhe der Gebührensätze wird die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung entsprechend geändert. (Die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 20 **9. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung**
-

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte 9. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung wird beschlossen. (Die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 21 **Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Bestattungswesen" für das Jahr 2006**
-

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte Gebührenkalkulation für die öffentliche Einrichtung „Bestattungswesen“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen. (Die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

22 **3. Änderungssatzung der Stadt Übach-Palenberg zur Friedhofsgebührensatzung**

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte 3. Änderungssatzung der Friedhofsgebührensatzung wird beschlossen. (Die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

23 **11. Änderungssatzung der Stadt Übach-Palenberg zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen**

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte 11. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Übach-Palenberg über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen wird beschlossen. (Die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

24 **Anregung nach § 24 GO NW der Ehel. Carmen und Bruno Kruschinski vom 20.09.2004 betr. regelmäßige Verkehrsbehinderungen im unteren Teil der Carlstraße (Nr. 71-83)**

Beschluss:

Im Bereich der Carlstraße Nr. 71 bis 83 wird zur Vermeidung von regelmäßigen Verkehrsbehinderungen das Parken neu geordnet.
Das Parken wird nur noch in den dafür gekennzeichneten Flächen erlaubt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

25 **Erweiterungen zur Tagesordnung**

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

26 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete, dass nach seiner Ankündigung in der letzten Ratssitzung zum Vorhaben der Firma Streetlight24 keine Bedenken von Seiten der Fraktionen und Parteienvertreter vorgebracht wurden. Aus diesem Grunde beabsichtige er den Vertrag zur Aufstellung von beleuchteten Reklameschildern an den Lichtmasten zuzustimmen. Geplant sei nur auf der Roermonder Str. sowie auf der Friedrich-Ebert-Straße diese Schilder zu montieren. Der Vertrag habe eine Laufzeit von 5 Jahren und verlängere sich ohne Kündigung um jeweils drei Jahre. Der Firma Streetlight24 habe man die Vorgabe gemacht, dass hier lediglich Firmen werben dürfen, die entweder ortsansässig sind oder im Stadtgebiet eine Filiale betreiben.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass er leider die Schilder im Heinsberger Stadtgebiet nicht gesehen habe und deshalb keine Meinung dazu vorbringen könne. Er gab noch einmal zu bedenken, ob sich die Stadt mit dieser Maßnahme einen Gefallen tue.

Auch Stadtverordneter **Offermanns** schlug vor, die Schilder in ihrer Originalgröße einmal im Stadtrat vorzustellen und merkte an, dass aus seiner Sicht der Betrag, den die Stadt für die Aufstellung eines Schildes erhalte, zu gering sei.

Bürgermeister Schmitz-Kröll entgegnete, dass der Stadtverordnete Offermanns sicherlich auf dem Weg zum Kreistag schon häufiger an diesen Schildern vorbeigefahren sei. Der Betrag von 120 € pro Schild und Jahr für die Stadt sei durchaus akzeptabel. Vor dem Hintergrund der Einigung aus der letzten Ratssitzung könne er nicht nachvollziehen warum nun schon wieder abgewartet und neu beraten werden müsse.

Nach allgemeiner Diskussion wurden keine Argumente mehr gegen den Abschluss des Vertrages mit der Firma Streetlight24 vorgebracht.

Bürgermeister Schmitz-Kröll kündigte an, den Vertrag nunmehr unterzeichnen zu wollen.

Kämmerer **Schmitz** erläuterte, dass der Kreis Heinsberg eine zusätzliche Forderung zur allgemeinen Kreisumlage für das Jahr 2005 eingereicht habe. Diese sei auch rechtmäßig, allerdings von Seiten der Stadt Übach-Palenberg vor Abschluss des Rechnungsprüfungsergebnisses nicht erwartet worden. Insgesamt sei ein Betrag von 722.109,51 Euro für die Kreisumlage zusätzlich festgesetzt worden. In Bezug auf den Haushalt 2006 werde dies sicherlich zu erheblichen Deckungsproblemen führen, die auch das Nachdenken über neue Einnahmequellen erforderlich mache.

Bürgermeister Schmitz-Kröll betonte, dass er sich mit steigenden Steuerhebesätzen nicht anfreunden könne. Die Belastung für die Übach-Palenberger Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbetreibende sei hoch genug.

Anfragen

Anfrage der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Weinen** erkundigte sich, aus welchen Gründen die Kreuzung an der Ecke Real/Waldhausen neu asphaltiert worden sei. Seiner Ansicht nach, sei diese in akzeptablen Zustand gewesen. Weiterhin hätte man auch noch die Einrichtung eines Kreisverkehrs hier erhofft.

Er fragte an die Verwaltung inwieweit sie hieran beteiligt worden sei und ob man das Vorhaben hätte verhindern können. Weiterhin interessiere ihn, wann mit der Realisierung des Kreisverkehrs zu rechnen sei.

Beigeordneter **Schlüter** verwies darauf, dass das Straßenbauamt Mönchengladbach zuständiger Bauträger sei. Die Stadt sei lediglich über das Vorhaben informiert, allerdings nicht beteiligt worden. Warum diese Maßnahme durchgeführt worden sei, entziehe sich auch seiner Kenntnis. Die Realisierung des Kreisverkehrs an dieser Stelle durch den zuständigen Träger sei darüber hinaus auch noch nicht absehbar.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 18.30 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 19.15 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer